

Standortattraktivität wieder steigern

Nach den Feststellungen von Kantonsrat Walter Locher, Präsident des Kantonalen Hauseigentümergeverbandes St.Gallen, hat die Politik der Stadt St.Gallen in den letzten Jahren einen Beitrag zur verminderten Standortattraktivität geleistet. Soll sich die Stagnation im Immo-Markt nicht weiter verstärken und die Wirtschaft beeinträchtigen, muss die Politik jetzt dringend Gegensteuer geben.

Walter Locher macht darauf aufmerksam, dass allein 2015 total 712 Menschen die Stadt verlassen haben, um anderswo in der Schweiz zu leben. Eine Stadt, die verkehrstechnisch – mit dem ÖV und dem Auto – nicht mehr gut erreichbar und zunehmend reglementiert sei, verliere schleichend an Attraktivität: «Die St.Galler Verkehrspolitik verstand sich in den vergangenen Jahren immer mehr als Verkehrs-Behinderungs-Politik. Stadtrat und Stadtverwaltung überbieten sich in den Anstrengungen zur Beseitigung von Parkplätzen – insbesondere auch oberirdischen. Wen wundert es dann, wenn die Attraktivität zufolge mangelnder Erreichbarkeit noch mehr sinkt?» Für Locher ist eine derartige Politik nicht nachhaltig, auch wenn sie das von sich behauptete. Das städtische Element wandere so immer häufiger in die Agglomeration ab. Gleichzeitig würden die Ansprüche der Stadtbevölkerung steigen. Alles müsse geregelt sein. Ein Gassenleben existiere kaum mehr und nach 22 Uhr am Abend sei die Stadt tot. Auf jedes Problem im öffentlichen Raum antworte die Politik mit neuen Einschränkungen. Dies gilt nach dem Präsidenten des Hauseigentümergeverbandes auch in Bezug auf neue Entwicklungen: «Auch selbstfahrende Autos brauchen Platz und Raum. Elektroautos können nicht in der Steckdose parkiert werden.»



Walter Locher, Präsident des Kantonalen Hauseigentümergeverbandes St.Gallen. z.V.g.

«Abbaupolitik» soll aufhören

So fordert Locher die städtische Politik auf, Gegensteuer zu geben: «Damit St.Gallen für Bewohner, private Investoren sowie die ansässige Wirtschaft wieder attraktiver werden kann, muss die «Abbaupolitik» im Verkehr aufhören. Der Entscheid der städtischen Bevölkerung im Februar 2016 gegen die Güterbahnhof-Initiative der SP, der mit 63 Prozent sehr deutlich ausfiel, ist ein wichtiges positives Zeichen. Jetzt muss die Lösung aber auch rasch umgesetzt werden.»

Schliesslich macht Locher darauf aufmerksam, dass der Stadtrat gerade in diesen Belangen in der Pflicht für die Gesamtbevölkerung stehe. Weiter seien rasch Diskussionen über die Steuerbelastung zu führen und verstärkt Leben in der Stadt zuzulassen. Sonst gehe die Entwicklung trotz hervorragender Bildungs- und Kulturangebote und wettbewerbsfähiger Firmen im Industrie- und Dienstleistungsbereich in die falsche Richtung und St.Gallen werde noch unattraktiver. we